

MITTEILUNGEN

des Komitees für wissenschaftliche
Zusammenarbeit mit Kuba

Oktober 1974

MOSKAU, 11. August (AP/dpa). Durch das Ränkespiel der Demokratischen Partei, der ihr treu ergebenen amerikanischen Presse und einer allgemeinen Unruhe wegen der Inflation ist nach Darstellung des sowjetischen Fernsehens der bisherige Präsident Richard Nixon zu Fall gebracht worden. In einer am Samstag ausgestrahlten halbstündigen Sendung erwähnten die beiden prominenten Kommentatoren Walentin Sorin und Leonid Samjatin (TASS) die schuldhafte Verstrickung Nixons in die Watergateaffäre mit keinem Wort.

Ohne näher auf die Hintergründe des Skandals einzugehen, stellte Samjatin die Angelegenheit als eine von den Demokraten nach ihrer Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 1972 aufgebauchte und hochgespielte Kampagne gegen Nixon dar, bei der die von den Demokraten beherrschten Nachrichtenmedien eine entscheidende Rolle gespielt hätten. Die Presse habe in der Öffentlichkeit künstlich Spannungen durch ihre Berichterstattung über Watergate erzeugt.

WIEN/BUKAREST (dpa). Die öffentliche Meinung in Rumänien begrüßt mit Genugtuung die Erklärung des neuen amerikanischen Präsidenten Gerald Ford, daß die Politik Nixons für den Weltfrieden fortgeführt werde, schrieb das Bukarester Parteiorgan „Scinteia“. Die rumänischen Massenmedien hatten bis zum Rücktritt Nixons niemals über die Auseinandersetzungen um den US-Präsidenten berichtet. Der Rücktritt Nixons sei in Rumänien wie in vielen anderen Ländern mit Gefühlen echten Bedauerns zur Kenntnis genommen worden, meint das Blatt.

Verde Olivo, die Zeitschrift der kubanischen Streitkräfte, sagt in einem Artikel, daß die Abdankung Nixons, die durch die Sicherheit eines Impeachment-Verfahrens und die Enthüllung Nixons als gemeiner Krimineller ausgelöst worden ist, die heftige Krise der Wirtschaft und der Institutionen des US-Imperialismus nicht lösen wird.

Das Magazin schreibt, daß der ehemalige US-Präsident "die vitalen Interessen bestimmter machtvoller Finanz- und Monopolgruppen schwer geschädigt hat, zu Gunsten anderer Monopolgruppen, mit denen er in enger Verbindung stand. Das hat den Zorn dieser Gruppen über ihn gebracht, und sie fochten den Kampf aus, ihn aus dem Amt zu entfernen." Damit seien sie einen "treulosen" und für sie ungünstigen Vertreter losgeworden, der ihre Interessen verletzt hatte, und sie konnten ihn zum Sündenbock für die Krise des Systems machen und dadurch das Ansehen ihrer Institutionen retten.

DE AL CAPONE A RICHARD NIXON



WIEN (Reuter). In der albanischen Parteipresse wird Nixon als „skrupelloser Schwindler, Betrüger und Schuft“ bezeichnet, der ein typischer Vertreter des „bedrückenden amerikanischen Systems“ sei. Sein Sturz habe die Sowjetunion in ihrem „konterrevolutionären Bemühen um eine Annäherung an den kapitalistischen Imperialismus“ um einen wichtigen Komplizen gebracht. In der Parteizeitung „Zeri i

Popullit“ heißt es, der Watergateskandal sei Ausdruck des amerikanischen Alltags gewesen, der durch Verbrechen, Mord, Raub und ausspionieren der Bürger gekennzeichnet sei.

„Ein System, das eine Sorte wie Nixon hervorbringt, das das Verbrechen des Völkermords in Indochina auf sich geladen hat, den Mord an Präsident Allende, die Invasion in der Schweinebucht, ein System, das den Reichtum Lateinamerikas ausbeutet und plündert, das stiehlt, tötet, Tyrannei und Unterdrückung beschützt, ist dazu bestimmt unterzugehen.“

Verde Olivo sagt, der Watergate-Skandal sei eine "riesige politische Farce" gewesen; hinter dem Skandal habe die US-Niederlage in Vietnam gestanden, nach der der Imperialismus seine Strategie zu ändern begonnen habe.

Das Magazin geht auch auf die Politik der Entspannung und des Handels mit der Sowjet-Union als Teil der Strategie des Imperialismus im Weltmaßstab ein und stellt fest, daß Nixon zur Erreichung dieser Ziele die moralische Stärke fehlte, die für die Ausübung der Präsidentschaft der Nation nötig ist.

PL, 16.8.74

Zentrale: Fakultät für Mathematik
48 Bielefeld
Postfach 8640
Konto : Commerzbank Hamburg
Kontonummer: 39 / 50045
Stichwort KOWIZUKU

NO 9

Lateinamerikanische Chronik
latin american
roundup

Argentinien

Verteidigungsminister Angel Robledo und Wirtschaftsminister José Gelbard waren bei der Einweihung der größten privaten Aluminiumfabrik des Landes "Aluar" in Port Madryn, 1400km südlich der Hauptstadt, anwesend.

"Mit dieser Aluminiumproduktion werden wir in ein weiteres Stadium unserer wirtschaftlichen Befreiung eintreten", sagte Robledo. Die Fabrik ist für über 150 Mio. \$ von einer Gruppe italienischer Firmen gebaut worden.

Im Jahr 1976, wenn das Werk bei voller Kapazität läuft, wird es 144.000t Aluminium jährlich produzieren. Das reicht aus für die Versorgung des einheimischen Marktes und erlaubt Export in großem Maßstab.

Das Werk hat einen Seehafen für den Import des Rohmaterials aus Australien und den Export der Verarbeitungsprodukte. Ein Wasserkraftwerk mit einer Kapazität von 448.000kWh pro Jahr liegt in derselben Provinz.

PL, 2.8.74

Nach den letzten offiziellen Berichten sind in dem Gefecht zwischen Militärtruppen und den angeblichen Angreifern des 17. Regiments der Luftwaffeninfanterie in Catamarca 19 Guerrilla-Kämpfer getötet worden.

Das offizielle Kommuniqué sagt, daß das Gefecht in einer Gebirgszone etwa 12km vor Catamarca stattfand. Die Polizei hatte das Gebiet mit 2000 Mann, Flugzeugen, Hubschraubern, Spezialtruppen, Antiguerrilla-Brigaden, Artillerie, Sprengstofffachleuten, Kampfhunden und anderem Personal eingekreist. Sie berichtete, daß 11 Guerrilla-Kämpfer beim ersten Zusammentreffen fielen und räumte ein, daß sich viele aus der Umkreisung befreien konnten und jetzt zur Provinz Tucuman unterwegs sind.

PL, 16.8.74

Wirtschaftsminister José Gelbard berichtete, daß das argentinische Brutto-Nationalprodukt im Frühjahr 1974 gegenüber dem Frühjahr 1973 um 6.2% gestiegen ist. Zur Inflation sagte er, sie sei von 80% auf 22.6% zurückgegangen. Arbeitslosigkeit sei auf 2% gesunken, nachdem seit Mai 1973 über 7000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden seien. Gelbard sagte, daß der Durchschnitts-Reallohn für Arbeiter im Güterproduktionsbereich um 19.1% und die Mindestlöhne des Bereichs um 15% gestiegen seien. Er sagte, die Zuwachsraten der Landwirtschaft lägen zwischen 8.5 und 9.1%, während sie im Industriesektor 6.1% betragen. Das Land habe 500 Mio. \$ seiner Auslandsschuld abgetragen.

PL, 27.8.74

Brasilien

Ein Kredit über 150 Mio. \$ für den Bau der "Perimetral Norte" und der "Transamazon" zeigt die Bedeutung, die die örtlichen Militärbehörden und die US-Regierung diesem Straßennetz beimessen. Diese Summe wurde zu Beginn dieser Woche von einem Konsortium von US- und britischen Banken zur Verfügung gestellt. Die beiden Straßen sind zu Objekten erster Priorität im Rahmen des Konzepts der "freien Grenzen" erklärt worden.

Die Perimetral Norte wird dabei als wichtiger angesehen als die Transamazon, da sie entlang der gesamten Nord- und Nordwestgrenze Brasiliens entlangführt, an Französisch-Guyana, Surinam, Guyana, Venezuela, Kolumbien und Peru entlang. Nach brasilianischen Plänen soll sie asphaltierte Arme nach

verschiedenen Punkten an den Grenzen mit Venezuela, Kolumbien und Peru ausstrecken, wo diese Regierungen ihr Straßennetz daran anschließen sollen; dies natürlich nur, falls die Regierungen dieser Länder dem zustimmen. Peru hat bisher kein Interesse an dem Projekt gezeigt.

PL, 13.8.74

Chile

Genosse Edgardo Enriquez Espinoza, Mitglied der politischen Kommission der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), hat im Hotel Habana Libre eine Pressekonferenz gegeben, auf der er der Weltöffentlichkeit die Position seiner Partei zur politischen Situation in Chile erläuterte.

Der MIR, stellte er fest, hat seine politische und moralische Autorität im Volk vollständig behalten, und er fordert es auf, sich zu organisieren und den Kampf wieder aufzunehmen "unter der Anleitung, dieses Mal, des Programms und der Methoden der proletarischen Revolution".

Enriquez gab eine Übersicht über die Strategie und Taktik des MIR im Kampf gegen die faschistische Junta, und er stellte fest, daß "Pinochet und seine Schergen nur durch einen langen, schwierigen und opfervollen Volkskrieg besiegt werden können, in dessen Verlauf die Arbeiterklasse und das Volk einen vollständigen militärischen Sieg über das Regime erringen werden".

Enriquez wies darauf hin, daß der MIR sehr genau weiß, daß sein Programm nicht die Zustimmung aller Parteien der chilenischen Linken findet. "Ohne auf die Verteidigung unseres Programms zu verzichten", versicherte er, "glauben wir, daß es ein sträflicher Irrtum wäre, die Differenzen über die Einheit zu stellen. Es ist ganz außerordentlich wichtig, die Einheit aller Kräfte der chilenischen Linken herzustellen, wenn wir den Kampf gegen die faschistische Diktatur aufnehmen wollen. Außerdem haben wir allen Parteien der Linken mitgeteilt, daß wir zur Diskussion unserer Taktik innerhalb der politischen Front des Widerstands bereit sind".

Edgardo Enriquez erwähnte dann die unsterbliche Persönlichkeit Salvador Allendes. Er versicherte: "Er verdient unsere allergrößte Achtung. Der Genosse Präsident hat es verstanden, seine Ideale mit Würde und Heldenmut zu verteidigen, und er hat ein für die Zukunft des chilenischen Widerstands äußerst wichtiges Beispiel gegeben."

"Das chilenische Volk", sagte er, "weiß, in welchem Ausmaß sich die Welt mit ihm solidarisiert, dank Radio Habana Cuba und Radio Moskau. Die chilenischen Massen kennen die solidarische Haltung der Völker Europas, Asiens und Afrikas, und das ist eine große Ermunterung."

Granma, 7.7.74

Panama

Panama verstärkte die Tendenz der Hemisphäre, mit der politischen und wirtschaftlichen Blockade Kubas zu brechen und stellte die diplomatischen Beziehungen mit Kuba wieder her, die vor 13 Jahren auf Druck der USA abgebrochen worden waren. Damit ist Panama das achte Land Lateinamerikas, das Beziehungen zu Kuba unterhält.

Die Wiederherstellung der Beziehungen ist das Ergebnis eines langen Prozesses freundschaftlicher Annäherung zwischen den beiden Regierungen, in deren Mittelpunkt Kubas stetige Unterstützung der Forderung Panamas auf volle nationale Souveränität steht.

PL, 23.8.74

Peru

Ein Gesetz zur Förderung der Entwicklung der Landwirtschaft in der Amazonas-Region und zur Wahrung der Rechte der Eingeborenen-Gemeinschaften ist von der peruanischen Regierung erlassen worden.

Der Staat übernimmt unbenutztes, in Privatbesitz befindliches Land. Die Handelsgesellschaften dürfen keinen Grundbesitz mehr im Dschungel haben, und die Eingeborenen-Gemeinden erhalten Erstattungen für alle Verbesserungen, die sie auf dem Land vornehmen.

Die Eingeborenen-Gemeinschaften - Stammesgruppen, die durch Sprache, Sitte und gemeinsamen Grund-

besitz geeint sind - werden vom Staat anerkannt, der ihnen jetzt alle Rechte auf ihren Grundbesitz garantiert. Die territorialen Rechte dieser Gemeinschaften sind in Zukunft unveräußerlich. Die Stämme erhalten dieselben gesetzlichen Rechte, wie sie den Bauern-Gemeinschaften in den Anden bereits gegeben worden sind. Die Handelsgesellschaften, die Land im Amazonas-Gebiet besitzen, haben ein Jahr Zeit, um sich in Zusammenschlüsse von Einzelpersonen zu verwandeln oder das Land an Personen zu übertragen, die es nach dem Gesetz behalten dürfen.

PL, 28.6.74

Der von der Regierung der Streitkräfte in Peru verfolgte Plan, der jetzt in einer Botschaft an die Nation unter dem Namen "Plan Inca" vorgestellt wurde, ist nach Aussagen des Präsidenten Velasco Alvarado bisher aus strategischen Gründen geheimgehalten worden.

In dem Plan werden die Ziele der Politik in drei Bereiche unterteilt: Wirtschaft, Sozialpolitik und Internationales.

Auf wirtschaftlichem Gebiet enthält der Plan unter anderem: Exklusivrecht des Staates in der Erdölindustrie, mit der Möglichkeit von Lizenzvergaben für eine Übergangszeit. Staatskontrolle über Bewässerungsreserven, Fischerei, Fischverarbeitung und -verkauf. Im Bereich des Handels ein Verkaufssystem, das die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt; Übernahme des Außenhandels durch den Staat. Auf sozialpolitischem Gebiet werden unter anderem Erziehungsreformen, angemessene Wohnungen für die gesamte Bevölkerung, Sozialmedizin, angemessene Beziehungen auf dem Arbeitsmarkt und Sozialversicherung für alle als Ziele angegeben, weiterhin Gleichheit von Mann und Frau und Übergabe der Presseorgane an Organisationen, die die ganze Gesellschaft repräsentieren.

PL, 30.7.74

Präsident Velasco Alvarado sprach in seiner Botschaft an die Nation ausführlich über die Enteignung der Zeitungsverlage. "Das neue Pressegesetz hat eine der letzten Bastionen der reaktionären Plutokratie zerstört," sagte er. "Wie andere große revolutionäre Veränderungen zielt auch diese darauf hin, wahre und demokratische Beteiligung aller Peruaner beim Gebrauch eines entscheidenden Machtmittels zu erreichen."

Der Präsident erläuterte, daß die Enteignung der Presse nicht die Übergabe ihrer Macht an den Staat bedeutet; der Staat übergibt die Pressemacht an die sozialen Organisationen der Nation, in Übereinstimmung mit seinen Prinzipien der Demokratie und der Volksbeteiligung. Kritik und Widerspruch werde es auch in der neuen Presse geben, aber in Zukunft als authentischer Ausdruck der großen organisierten sozialen Gruppen, die die peruanische Nation ausmachen.

PL, 2.8.74

Puerto Rico

Die Sozialistische Partei Puerto Ricos PSP verlangte die Zulassung zur Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen, die am 19. August in Bukarest, Rumänien, stattfindet. Diese Forderung, die in der Eigenschaft der PSP als Vertreter der Nationalen Befreiungsbewegung der Insel vorgebracht wird, wird damit begründet, daß die Delegation der USA versucht, die Zustimmung zu ihrem Völkermordplan zu erhalten, den sie zur Zeit in ihrer Kolonie Puerto Rico durchführt.

Die PSP sagte, zu diesem Schluß sei sie durch die Ankündigung gekommen, daß der Unterstaatssekretär für Gesundheit und Direktor für Familienplanung in Puerto Rico, Antonio Silva, als Mitglied der UN-Delegation der USA an der Konferenz teilnehmen wird, um Fragen zu den Plänen über Geburtenkontrolle, die gegenwärtig in Puerto Rico verwirklicht werden, zu beantworten.

Die PSP sagte dazu, daß von den 615.000 Frauen in gebärfähigem Alter bereits etwa 215.000 sterilisiert worden sind. Jetzt wird mit verschiedenen Methoden versucht, die übrigen Frauen zur Geburtenkontrolle oder Sterilisation zu überreden.

Puerto Rico war seinerzeit von den Pharmazie-Gesellschaften der USA als Experimentierfeld für die ersten Empfängnisverhütungspillen gewählt worden.

PL, 9.8.74

Kuba

Die kubanischen Arbeiter erfreuen sich jetzt eines seltenen Privilegs in Bezug auf die Organisation des Staates: der aktiven Beteiligung bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans für das nächste Jahr. Zu diesem Zweck begannen vor einer Woche Versammlungen in Fabriken, Büros und an anderen Arbeitsplätzen überall auf der Insel.

Um Erfahrungen zu sammeln, diskutieren die Arbeiter zunächst nur den Plan für 1975. Wenn die Ergebnisse des Experiments vorliegen und analysiert worden sind, werden ähnliche Versammlungen zur Diskussion des 5-Jahres-Plans durchgeführt werden. Die kubanischen Wirtschaftspläne werden in drei Stufen entworfen:

- Vorläufige Zahlen (Global-Zahlen für das ganze Land)
- Kontroll-Zahlen (aufgeschlüsselt nach Provinz, Sektor und Einheit)
- Steuerungs-Zahlen (endgültige Zahlen)

Die Arbeiter werden nur die Kontroll-Zahlen diskutieren, und ihre Kritik und Vorschläge werden die Aufstellung der endgültigen Zahlen beeinflussen. Präsident Osvaldo Dorticos sagte, die Diskussion des Plans durch die Arbeiter sei der einzige Weg nachzuweisen, daß die Grundlage des Plans richtig ist.

PL, 23.7.74

Die "Schulen auf dem Lande", Kubas neue Erziehungseinrichtungen, basieren auf dem Prinzip, daß Arbeit der beste Lehrer ist. Sie wenden die in den Werken von Karl Marx, dem Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus, und von Jose Marti, dem Apostel der kubanischen Unabhängigkeit, enthaltenen Erziehungsprinzipien an.

Die erste derartige Schule wurde am 7. Januar 1971 in der Ceiba-Region eingeweiht. Sie erhielt den Namen "Ernesto Che Guevara". Heute besitzt Kuba 101 solcher Schulen. Die Zahl der erfolgreichen Schüler ist in ihnen am höchsten, und in ihnen herrscht gute Organisation und Disziplin. Die Schüler arbeiten täglich 4 Stunden in der Landwirtschaft und lernen 4 Stunden im Klassenzimmer. In der wichtigsten Schule auf dem Land, der Schule "Vladimir Iljitsch Lenin", gibt es eine große Produktionseinheit für Radiofertigung.

PL, 30.7.74

Wenn "der größte Zitrus-Produktionsplan der Welt" in Kuba voll verwirklicht sein wird, wird er 2 Mio. to Zitrusfrüchte jährlich erzeugen, was 500 Mio. Pesos, dem Wert einer kubanischen Zuckerernte, entspricht.

Das Projekt "Victoria de Girón" umfaßt über 80.000 ha ehemals un bebauten Landes im Süden der Provinz Matanzas. Es wird von 65.000 Schülern und Studenten der "Schulen auf dem Lande" betreut.

Wenn die Zuckerproduktion auch weiterhin für einige Zeit der entscheidende Sektor der kubanischen Wirtschaft bleiben wird, entwickelt die Revolutionäre Regierung auch andere Landwirtschaftsbereiche, um die Exporte diversifizieren zu können. Dabei werden Zitrusfrüchte nach Zucker aus 3 Gründen den zweitwichtigsten Platz einnehmen: wegen des wachsenden Bedarfs auf dem Weltmarkt, wegen des sozialistischen Lagers und wegen des kubanischen Klimas. Das halbtropische Klima der Insel ist eine gute Voraussetzung für die Produktion von Zitrusfrüchten bester Qualität, insbesondere für industrielle Verarbeitung zu einer Jahreszeit, in der die traditionellen Zitrusproduzenten in anderen Teilen der Welt nicht ernten können.

Die Garantie für den Erfolg des Zitrusprojekts liegt in der Arbeit der "Schulen auf dem Lande".

PL, 2.8.74

Kubas nationales Forschungsinstitut CENIC ist 1965 gegründet worden. Heute hat es über 1000 Spezialisten für die Gebiete Chemie, Landwirtschaft, und Biomedizin. Das Durchschnittsalter dieser Fachleute beträgt 28 Jahre.

Für Kuba, ein Land ohne Energiequellen für die wirtschaftliche Entwicklung, wird die Kernenergie in Zukunft eine überragende Rolle spielen. Deshalb ist eines der Hauptaufgabengebiete der Forschung im CENIC die friedliche Nutzung des Atoms. Einige der Erfolge auf diesem Gebiet sind die Verwendung

eines Kobalt-60-Strahlers in der Zuckerindustrie, eines Atom-Analysators im Bergbau und nuklearer Techniken in verschiedenen Produktionsprozessen. CENIC untersuchte den Virus, der die afrikanische Schweinepest erzeugt, die 1971 eine ernste Gefahr für den Schweinebestand des Landes bedeutete. In wenig mehr als 2 Monaten gelang es Landwirtschaftsexperten, den Virus auszurotten. Der Weltkongreß der Veterinärmedizin, den in demselben Jahr in Mexiko stattfand, sprach ihnen dazu seine Glückwünsche aus.

Im Jahr 1973 hat CENIC etwa 500 Beiträge zu nationalen und internationalen wissenschaftlichen Kongressen geleistet und über 4000 technische Dienstleistungen für andere kubanische Institute.

PL, 6.8.74

"Der Tag, an dem unser Land seine eigenen Kernkraftwerke für die Elektrizitätserzeugung haben wird, ist nicht mehr fern", sagte der Präsident der Akademie der Wissenschaften, Zoilo Marinello, während der Schlußansprache des ersten wissenschaftlichen Kongresses des Nationalen Instituts

für Kernforschung (ININ).

Marinello begrüßte die neue Wissenschaftler-Generation, die an über 10 verschiedenen Instituten im ganzen Land arbeitet, und unterstrich die Notwendigkeit, in Kuba Kernenergie als Energiequelle zu benutzen.

Gegenwärtig importiert Kuba alles Öl, und es besitzt auch keine Wasserkraft-Reserven.

Der Kongreß wurde von über 200 Teilnehmern von verschiedenen kubanischen Instituten besucht.

105 Vorträge sind gehalten worden. Die Bereitschaft aller kubanischen Wissenschaftler, ihre Forschung in den Dienst der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu stellen, war ein wesentliches Merkmal der Tagung.

ININ arbeitet auf den Gebieten der Strahlungschemie, der Kernreaktoren, Kernphysik und der Kernforschungstechnik. Es bildet auch Wissenschaftler in Physik, Chemie und Medizin aus. Im vergangenen Jahr wurden 11 Doktorarbeiten abgeschlossen, 10 weitere kommen in diesem Jahr dazu. Das Durchschnittsalter am ININ beträgt 30 Jahre.

PL, 27.8.74

Bericht zur KOWIZUKU-Ausstellung in Frankfurt

A) Planungen, und die Versuche, sie zu realisieren

Ende Juni 1974 zeigte die Frankfurter Gruppe die Ausstellung des Kowizuku in Frankfurt/M. Für den späten Termin der Ausstellung gibt es 2 Gründe: 1) die Frankfurter Gruppe wurde relativ spät gegründet (Frühjahr 73); 2) verschiedene Umstände schoben die Realisierung immer wieder hinaus (siehe unten).

Ursprünglich bestand ein Plan zu einem umfassenden Projekt "Cuba-Woche", mit der das Frankfurter Kowizuku in der Öffentlichkeit auftreten wollte. Dabei war v.a. an die städtische Öffentlichkeit gedacht, der universitäre Bereich sollte nur nebenbei berücksichtigt werden. Bestandteile dieses Plans sollten sein: die Ausstellung (und zwar wollten wir sowohl die KOWIZUKU-Ausstellung als auch die Plakat-Ausstellung aus Cuba, die z.Z. in der BRD ist, zeigen, da in der KOWIZUKU-Ausstellung zu sehr das geschriebene Wort dominiert und kein großer optischer Anreiz gegeben ist); eine Filmwoche im Kommunalen Kino der Stadt und einige Abendveranstaltungen (Diaabend, Diskussion mit einigen "Prominenten" bzw. Cuba-Kritikern wie Maschke, usw.). Von den Räumlichkeiten her hätte das Kommunale Kino - mit den dazugehörigen Ausstellungsräumen des Historischen Museums im Zentrum der Stadt gelegen und gut besucht - sehr günstige Möglichkeiten geboten, zumal sich das Kino an einer Kooperation mit uns interessiert zeigte und auch der Kulturdezernent der Stadt schon mal in Cuba war und als "Freund Cubas" gilt.

Unserem Projekt stellten sich aber einige Hindernisse in den Weg:

- trotz mehrfachen Anschreibens wegen einiger interessanter Filme, die aus der im KOWIZUKU kursierenden Liste entnommen waren, zeigte die Pariser Botschaft keine Reaktion, nicht einmal eine Nachricht, die Filme seien z.Z. nicht zu haben o.ä.kam an.

- ohne das gleichzeitige Stattfinden einer Filmwoche im Kommunalen Kino war das Historische Museum aufgrund von Legitimationsschwierigkeiten gegenüber der Öffentlichkeit (gilt als "linke" Institution und wird von der rechten Presse permanent angegriffen) nicht bereit, die KOWIZUKU-Ausstellung in seinen Räumen zu zeigen.

- die Plakat-Ausstellung war zu den von uns anvisierten Terminen nicht zu erhalten.

Insbesondere unsere Probleme mit der Beschaffung der Filme und der Terminierung im Komm.Kino führten dazu, daß der ganze Winter verstrich, ohne daß einer der von uns geplanten Termine eingehalten werden konnte. Nicht einmal die persönliche Vorsprache des Genossen M.Tomczak in der Pariser Botschaft im Frühjahr konnte uns helfen. Er brachte zwar eine neue Liste mit, aber unsere Anforderungen blieben genauso unbeantwortet wie die alten.

Aufgrund dieser Erfahrungen waren wir hinsichtlich des Gesamtprojekts "Cuba-Woche" weitgehend resigniert und wollten bzw. konnten nur noch die Ausstellung mit kleinem Beiprogramm durchführen. Ein erneuter Versuch, zumindest die Ausstellung im Stadtzentrum zu zeigen, scheiterte. Es war dabei nicht eindeutig für uns zu erkennen, ob politische Gründe (Landtagswahlen im Herbst), die sich hinter bürokratischen Argumenten versteckten, oder administrative Unzulänglichkeiten, Terminschwierigkeiten u. andere technische Faktoren ausschlaggebend waren.

Zwischenzeitlich hatten wir die Ausstellung durch einige neue Tafeln (Gerwerkschaften in Cuba, Außenhandel, Materielle & moralische Anreize, Bürgerliche Presse und Cuba, siehe Anhang DR-Protokoll) auf den neuesten Stand gebracht und gleichzeitig versucht, die Kritik früherer Ausstellungsberichte am zu unpolitischen Charakter der Ausstellung zu berücksichtigen.

Nachdem auch Versuche, die Ausstellung in Räumen der ESG, Volkshochschule oder Universität (in der Uni gibt es prakt. keine geeigneten Räume) fehlschlügen, entschlossen wir uns, um die Ausstellung überhaupt zu zeigen, sie im Bürgerhaus der Nordweststadt zu zeigen. Interessant unter dem Aspekt wachsender Schwierigkeiten bei der Öffentlichkeitsarbeit scheint dabei u.a. die Begründung der Ablehnung durch die als progressiv bekannte ESG: Wegen "linker" 3.Welt-Aktivitäten (Chile etc.) sei sie so scharf angegriffen worden, daß es ihr trotz erklärter Sympathien unmöglich sei, die Ausstellung zu zeigen.

Résumé unserer negativen Erfahrungen:

1) Die Pariser Botschaft scheint im Moment nicht in der Lage zu sein, und bei der Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit adäquat zu unterstützen. Es wäre günstig, wenn dieser Punkt auf der nächsten DR-Sitzung diskutiert würde.

2) Es gibt wachsende Schwierigkeiten mit öffentlichen (staatlichen, kirchlichen) Institutionen bei der Öffentlichkeitsarbeit. Als Begründung für das Versagen der Unterstützung wird im allgemeinen die bürgerliche Presse angegeben (oder vorgeschoben). Uns würde interessieren, ob das nur in Frankfurt so ist, als Resultat einer zugespitzten Situation, oder ob andere Städte ähnliche Erfahrungen gemacht haben.

B) Ausstellungsbericht

Wesentlichstes Handikap der nun stattfindenden Ausstellung, neben dem ungünstigen Termin (kurz vor den Ferien und nur noch wenig Zeit für intensive Werbung) waren die Räumlichkeiten. Die Ausstellung hing im Foyer eines Bürgerhauses, das in der Nordweststadt, einem Trabantenort, 20 Autominuten von der City, inmitten eines Einkaufszentrums liegt. Zwar ist im selben Haus auch ein Filmkunststudio (Lampe), doch änderte dies

nichts an dem überaus mäßigen Besuch. Angekündigt wurde die Ausstellung durch Flugblätter (Monsa), 150 in der Stadt geklebte Plakate sowie eine Anzeige im Jugendfunk. Die Frankfurter Rundschau zeigte sich nicht interessiert. Zusätzlich zu der Ausstellung veranstalteten wir 2 Diskussionsabende, und zwar einen Dia-Abend (Reisebericht unserer Brigadeteilnehmer) und einen Vortrag über das Erziehungswesen in Cuba. Insgesamt kamen ca. 70-80 Besucher, die meisten von ihnen aus der in der Nähe gelegenen Fachhochschule f. Sozialarbeit. Diskussionen ergaben sich während der Ausstellung nur vereinzelt und zeugten meist vom großen Informationsbedarf in Hinblick auf die neuere Entwicklung in Cuba (Breshnev -Besuch, materielle u. moralische Anreize, innerkubanische Schwierigkeiten (s. Maschke). Das Ausstellungsmaterial wurde überwiegend als gutes Informationsmaterial begrüßt, die meisten Besucher lasen sich die Tafeln intensiv durch.

Unsere beiden Veranstaltungen waren angesichts der Örtlichkeit und der kurzfristigen Propaganda relativ erfolgreich. Der Dia-Reisebericht wurde von 25 Teilnehmern besucht, die anschließend lebhaft die gegenwärtigen Probleme des cubanischen Entwicklungsprozesses diskutierten. Neben den wirtschaftlichen Problemen infolge der Zuckerrohrmonokultur standen wiederum die Beziehungen Cubas zur UdSSR und zu China im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Der Vortrag über das cubanische Erziehungswesen zählte ähnlich viele Besucher. In der anschließenden Aussprache stellten die Anwesenden, die hauptsächlich aus dem Sozialisationsbereich kamen, v.a. Fragen aus diesem Gebiet: Vorschulerziehung, Probleme einer modernen Sozialarbeit und die Überwindung der Muttermale der

alten Gesellschaft auch durch das Erziehungswesen (Hand-und Kopfarbeit, Gegensatz Stadt-Land, Rassenfrage) wurden eingehend behandelt. Besonders in dieser Veranstaltung wurde Interesse an Arbeitsaufenthalten in Kuba deutlich. Wir konnten jedoch keine konkreten Angaben machen, da unsere Gruppe nicht über die Pläne der Freundschaftsgesellschaft, insbesondere das diesjährige Zustandekommen einer Brigade, unterrichtet war. Ein Teilnehmer der Veranstaltung wollte eigentlich bei uns mitarbeiten, hat sich jedoch nicht wieder gemeldet.

Angesichts der genannten Schwierigkeiten entsprach der Verlauf unseren Erwartungen. Ob sich der Besuch durch intensiveren Werbeaufwand hätte steigern lassen, muß bezweifelt werden, nur ein besserer Ort wäre wirksam gewesen.

Unserer Einschätzung nach ist die Ausstellung einschließlich unserer Ergänzungstafeln von ihrer Form und teilweise auch ihrem Inhalt her z.Z. nicht geeignet, stärkeres Interesse zu wecken oder innerhalb der Linken von sich reden zu machen. Andere lokalen Gruppen etc. sollten sich überlegen, ob sie nicht wenigstens zusätzlich die Plakatausstellung zeigen können. Veranstaltungen, wie Vorträge, Dia- und Filmvorträge, evtl. auch Feste, eigenen sich offensichtlich besonders gut, Besucher und Interesse zu gewinnen. Wir überlegen uns, insbesondere nach dem Vortrag über das Erziehungswesen, ob es nicht sinnvoll wäre, in Studentenheimen, Jugendhäusern u.ä. spezifisch ausgerichtete Veranstaltungen auszurichten, um über fach- und Gruppenbezogene Aspekte allgemeine Öffentlichkeitsarbeit für Kuba zu betreiben.

Lokale Gruppe Frankfurt

Teilnehmer der "Brigade 20. Jahrestag", die im letzten Jahr 6 Wochen in Kuba waren, haben eine Broschüre geschrieben, in der sie versuchen, ihre persönlichen Erfahrungen mit allgemeinen Informationen über Kuba zu verbinden. Stichworte aus dem Inhalt: Lebenssituation, Arbeit/Arbeitsbedingungen, Gewerkschaft, Wohnen, Eigentum, Emanzipation der Frau, der kubanische Internationalismus...

Die Broschüre hat 40 Seiten - Format DIN A4 und kostet DM 3.50. Bestellungen an:

Dagmar Wolf 58 Hagen Gertrudstraße 9

Vorausüberweisung auf das Konto: Bank für Gemeinwirtschaft Bochum 2172121600 D.Wolf, Stichw. Cuba'73.



Marionetten sprechen sich Mut zu.

Im Juli 1974 ist der Außenminister des Saigon-Regimes in Chile gewesen, um vom chilenischen Außenminister das Großkreuz des Vaterländischen Verdienstordens an die Brust geheftet zu bekommen. Auch unter Faschisten herrscht Familiensinn.

Helfen wir den unterdrückten Völkern bei ihrer Befreiung; Solidarität mit dem chilenischen Widerstand! Die Worte des Dankes für das bisher Erbrachte sollen uns Ansporn sein zu größerer Hilfe: Kennwort: Chile-Hilfe

c/o Sonya Patrick

Deutsche Bank München, Konto Nr. 35-53 062

Karikatur: Granma, 21.7.74

Nie zuvor ist eine Wahl von solcher Begeisterung getragen worden! Nie zuvor, nicht einmal zu der Zeit, als selbst die Toten mitwählten, hat die Wahlbeteiligung in Kuba über 90% betragen. Fidel Castro am 26. Juli 1974 in Matanzas

BEGINN UND AUFGABEN DER VOLKSMACHT AUF KUBA (Poder Popular)

Zusammenfassung eines Teils der Rede Fidel Castros am 21. Jahrestag des Angriffs auf die Moncada-Kaserne, am 26. Juli 1974 in Matanzas.



"Dieser 26. Juli bietet auch Gelegenheit, etwas zu dem Projekt zu sagen, das gegenwärtig in der Provinz Matanzas durchgeführt wird: dem Aufbau der Organe der Volksmacht. (...)

"Die Bevölkerung von Matanzas hat jetzt die Wahlen durchgeführt. Und die ersten Ergebnisse sind sehr interessant.

"Um nur einige Zahlen zu nennen, erwähnen wir, daß 71.1% der Wähler an den Versammlungen zur Wahl der Vorsitzenden für die Versammlungen für die Kandidatenaufstellung teilgenommen haben. Die Teilnahme an diesen Versammlungen betrug 72.1%. In den Grundwahlbezirken sind 4712 Kandidaten vorgeschlagen worden, und 1014 sind gewählt worden.

"Von den 1014 gewählten Kandidaten sind 46.1% Mitglieder (militantes) der Partei und 13.1% Mitglieder (militantes) der Union der jungen Kommunisten. Etwa 41% sind keine Parteimitglieder. Diese Zahlen vermitteln eine Vorstellung von der Weite der Vorschläge, der Wahlen und der Beteiligung des Volkes.

"93.6% der Wähler haben im ersten Wahlgang gewählt, und 91.4% im zweiten" (Ein zweiter Wahlgang fand statt, wo im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht hatte). "Damit haben wir in beiden Fällen über 90%.

"Wir wollen weiter erwähnen, daß nur 20% der gewählten Kandidaten eine Bildung unter dem Niveau des Abgangszeugnisses haben, daß 41% von ihnen in der Weiterbildung stehen und 59% nicht.

"Die Massen haben aktiv an diesem Wahlprozeß teilgenommen. Sie sind zu verschiedenen Malen mobilisiert worden: Zuerst, um die Vorsitzenden zu wählen, die die Versammlungen für die Kandidatenaufstellung leiten sollten; dann, um die Kandidaten auszuwählen; weiter, um verschiedene Dokumente zu studieren. Sie haben Versammlungen organisiert, um die Lebensläufe der Kandidaten zu lesen und das Unterrichtsdokument über die Volksmacht durchzugehen; sie haben an den Versammlungen teilgenommen, auf denen die Delegierten der Volksmacht auf Gemeinde- und regionaler Ebene vorgestellt worden sind. (...)

"Was die Regionalversammlungen der Volksmacht betrifft, sind dafür 151 Delegierte gewählt worden. (...) Auf dieser Ebene ist das kulturelle Niveau höher; denn nur 7.4% der Delegierten haben eine Bildung unter dem Niveau des Abschlußzeugnisses. Der Anteil der militantes ist ebenfalls höher: 60.3% sind Mitglieder der Partei und 14.4% Mitglieder der Union der jungen Kommunisten. Die Hälfte der gewählten Delegierten steht in der Weiterbildung, die andere Hälfte nicht.

"Die Tatsache, daß wir den Anteil an militantes mitteilen, bedeutet in keiner Weise, daß wir es als etwas Negatives betrachten, wenn es in den Versamm-

Wahlbüro Nr. 18 der Gemeinde Ceiba Mocha: Die Kleinbauern der Regionen Ciro Redondo und Miguel Sandaran geben am 7. Juli ihre Stimmen im zweiten Wahlgang ab. Ein zweiter Wahlgang war nötig geworden, weil die Zahl der Kandidaten, die von der Bevölkerung aufgestellt werden konnten, unbegrenzt war und in Ceiba Mocha kein Kandidat die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang erreicht hatte.

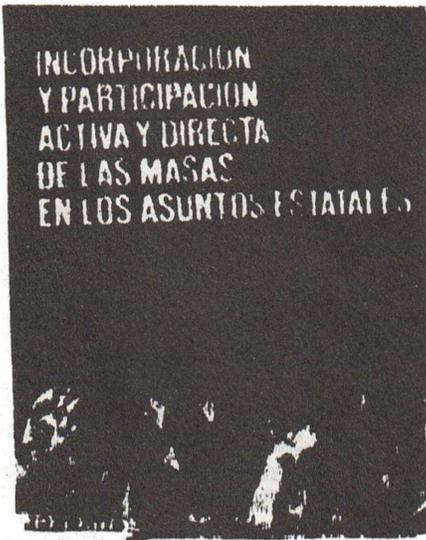
Granma, 14.7.74

lungen einen hohen Anteil an Delegierten gibt, die nicht Parteimitglieder sind. Man darf nicht vergessen, daß die Partei eine Avantgarde ist. Deshalb ist die Zahl der Delegierten, die gewählt worden sind, ohne Parteimitglieder zu sein, nur ein zusätzliches Zeichen der Weite und des demokratischen Wesens dieser Wahlen. Man darf nicht vergessen, daß viele Arbeiter, die in den Gewerkschaften arbeiten, viele Bauern, Mitglieder der Föderation der kubanischen Frauen, der Komitees zur Verteidigung der Revolution und anderer Organisationen nicht Parteimitglieder sind, und deshalb sind sie trotzdem großartige Arbeiter und besitzen ausreichende Verdienste, um das Vertrauen des Volkes zu haben (Beifall).

"Man muß sich vor Augen halten, daß die Partei keine Massenorganisation ist, sondern eine Organisation der Auswahl. (...)

"Was die Provinzversammlung der Volksmacht betrifft, beträgt die Zahl der Delegierten 68. In diesem Fall (...) haben 7% der Delegierten eine Bildung unter dem Niveau des Abschlußzeugnisses, und 75% sind Mitglieder der Partei und der Union der jungen Kommunisten. (...)

"Zu Beginn der Revolution, als es also noch Kapitalisten und Grundbesitzer gab, werden sich gewisse Leute gefragt haben können, ob wir wohl Wahlen organisieren werden, bei denen jeder das Recht zu wählen und gewählt zu werden hat. Wir haben das nicht getan. Wir begreifen die Revolution als die Regierung der Revolutionäre, als die Diktatur des Proletariats (Beifall), die den Ausbeutern ihre Rechte nimmt. Inzwischen, zur gegenwärtigen Stunde, gibt es keine Grundbesitzer mehr in unserem Land, gibt es keine Ausbeuter-Kapitalisten mehr, keine Großindustriellen, Großkaufleute, Großbankiers, Großimporteure, Besitzer von großen Zuckermühlen. Es gibt sie nicht mehr, weil sie entweder verschwunden sind oder nichts mehr von alledem besitzen. Sie beuten niemanden mehr aus. Es kann sein, daß einige sich ausnahmsweise an die Revolution angepaßt haben und in der Lage sind, sie zu begreifen. Niemand hat ihnen das Wahlrecht genommen. Diese Leute stellen schon kein Problem mehr dar. (...)



7



"Im Ausland stellt man sich viele Fragen; man zeigt großes Interesse und große Neugier bei unseren Wahlen. Was denken diese Leute? Daß wir keine Wahlen machen werden? Aber doch! Wir werden revolutionäre Wahlen machen, viel bessere und viel sauberere Wahlen als alle bürgerlichen Wahlen (Beifall). Natürlich, nicht weil der Bourgeois und die internationale Meinung das erfordern (...). Nein, wir machen Wahlen, weil das den Prinzipien der revolutionären Demokratie und dem Marxismus-Leninismus entspricht (Beifall).

Jetzt müssen sich zahlreiche Mitbürger^s fragen, was die Funktionen und Tätigkeiten der Organe der Volksmacht von Matanzas sein werden. Genau davon wollten wir jetzt reden. Die Verantwortungen, die auf die Organe der Volksmacht übergehen werden, sind die folgenden:"

Fidel Castro gibt jetzt eine vollständige Aufzählung aller betroffenen Einrichtungen, geordnet nach Ministerien. Es handelt sich unter anderen um:

sämtliche Erziehungseinrichtungen außer den Universitäten, die zwei Radiostationen der Provinz, die Kinos, die Hotels und Gaststätten, die Reparaturwerkstätten für Haushaltsgeräte, drei Biskuit-Fabriken, zahlreiche Bäckereien, eine Graphik-Druckerei, alle Tankstellen, Autoreparatur-Werkstätten, Taxibetriebe und lokalen Verkehrsbetriebe, alle Krankenhäuser und Kindergärten, die Büros für die Landreform: "Insgesamt gehen in der Provinz 5597 Produktions- und Dienstleistungszentren an die Organe der Volksmacht über (Beifall). (...)

"Diejenigen, die sich im Ausland für diese Erfahrung interessieren - und viele interessieren sich ehrlich dafür -, können feststellen, wie wichtige Arbeit die Volksmacht in der Provinz Matanzas leisten muß, und sie können auch sehen, welche Staatsform wir aufzubauen versuchen. (...)

"Die Revolutionäre Regierung hat einen provisorischen Charakter. Was bedeutet das? Man mußte die Macht ergreifen, man mußte die Revolution machen, und weil die einzige Art, dahin zu gelangen, darin bestand, sich des Staates zu ermächtigen und eine revolutionäre Regierung zu bilden, haben wir uns des Staates ermächtigt und haben die Revolutionäre Regierung gebildet, die es unternommen hat, die Revolution zum glücklichen Ende zu führen.

"Dieser provisorische Charakter besteht jedoch nun seit über 15 Jahren.

"Wir müssen damit anfangen, an die endgültige Form zu denken, mit der der sozialistische Staat Kubas ausgestattet sein muß. Wohlgedenkt, dieser Staat muß auf echt demokratischem Fundament stehen.

"In der Tat wird das Kriterium, das auf der Ebene der Gemeinde, der Region und der Provinz angewandt worden ist, auf nationaler Ebene wieder aufgegriffen werden. Dieselbe Prozedur, die für die Aufstellung der Organe der Volksmacht auf der Ebene der Gemeinde, der Region und der Provinz benutzt worden ist, wird für die Aufstellung der Zentralmächte des Landes, d.h. für die Nationale Regierung wieder aufgenommen werden."

Granma, 4.8.1974

^s im Original: ciudadano. Die deutsche Sprache unterscheidet nicht zwischen ciudadano und burgues.



Kandidatenvorstellung statt Wahlplakaten, Rechenschaftspflicht statt Wahlversprechen: Alle gewählten Kandidaten müssen regelmäßig Versammlungen mit ihren Wählern durchführen und können jederzeit abgewählt werden. Bilder: Granma, 7.7.74

"Die Demokratie, und am allerwenigsten die proletarische Demokratie, ist ohne Vertretungsorgane undenkbar."

Lenin



Prensa Latina schreibt zur Errichtung der Volksmacht in einer Meldung vom 27.8.1974:



Der 2. Sekretär der Kommunistischen Partei Kubas PCC, Divisionskommandeur Raul Castro, betonte den in seinem Wesen demokratischen Charakter der kubanischen Revolution, trotz des bisherigen Mangels an Vertretungsorganen im Staat.

"Es gibt wahrscheinlich keinen anderen Fall in der Geschichte, in dem die Führung einer Revolution derart massive Unterstützung des Volkes, das Vertrauen und die Begeisterung der Massen gefunden hat", fügte er hinzu.

Der erste Vize-Premierminister der Revolutionären Regierung sprach in Matanzas zum Abschluß eines für die Organe der Volksmacht, der höchsten Staatsgewalt auf der Ebene der Gemeinden, Regionen und der Provinz, durchgeführten Seminars.

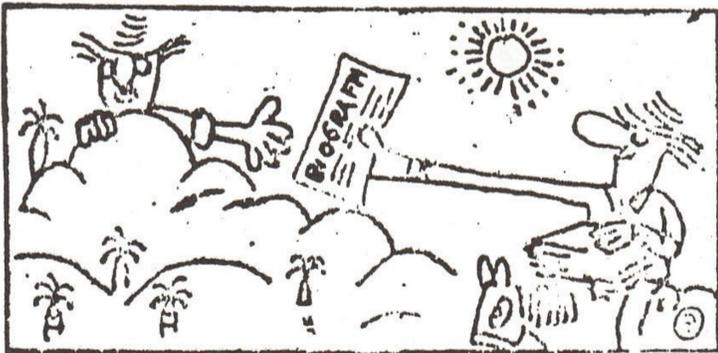
Raul Castro sagte, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen die sozialistische Demokratie in Kuba nicht ohne diese Organe denkbar sei; er bezeichnete sie als eine Übergangsstufe des kubanischen revolutionären Prozesses.

"Sie sind zu einer unerläßlichen Notwendigkeit geworden, zu einem Grundelement unseres Staates, und sie werden der Beteiligung des Volkes eine institutionelle Form, eine reguläre, konkrete und systematische Form geben", fügte er hinzu.

Raul Castro betonte die wichtigen Verantwortlichkeiten der Delegierten. Er erinnerte an die Entwicklung der kubanischen Institutionen nach dem Sieg der Revolution, als sich Kuba den ständigen Angriffen der Vereinigten Staaten gegenüber sah, und erklärte Aspekte des marxistischen Konzepts des Staates und der Beziehungen zwischen den Organen der Volksmacht und der Kommunistischen Partei und den Massenorganisationen.

Die Organe der Volksmacht, die im Juli gewählt worden sind, setzen sich aus wiederwählbaren und jederzeit abwählbaren Delegierten zusammen, die soeben einen dreiwöchigen Lehrgang absolviert haben.

Raul Castro erklärte, daß die neuen Organe nach 15 Jahren eines revolutionären Prozesses geboren wurden. Er sagte, daß die Bedingungen während der ersten Jahre, als es darum ging, die Angriffe des Imperialismus und der heimischen Konterrevolution zu bekämpfen, für die Schaffung der Organe der Volksmacht ungeeignet waren, und daß sie zu jener Zeit weder ein dringendes Bedürfnis noch eine Lebensnotwendigkeit gewesen sind.



Er sagte, daß Kuba zu jener Zeit einen beweglichen, funktionsfähigen Staatsapparat brauchte, der legislative, exekutive und administrative Funktionen in einer einzigen revolutionären Regierung vereinte, die in dieser ersten Phase des Prozesses ihrer Mission gerecht geworden ist.

In den ersten Jahren der Revolution, sagte Raul Castro zur Erläuterung der Gründe, die zu der provisorischen Existenz des Staates führten, hatten wir noch immer keine starke Partei; die Massenorganisationen waren erst in der Entwicklung; kurz: Wir hatten nicht die Instrumente der Organisation, die wir heute haben.

Der kubanische Minister sprach über den Institutionalisierungsprozeß, der im Land nach 1970 begonnen wurde in einer Zeit, in der die Wirtschaft sich erholte und die Massenorganisationen gefestigt wurden. Ende 1972 wurden ein Ministerrat und ein Exekutivkomitee geschaffen. Im Lauf des Jahres 1973 wurde der gesamte Parteiapparat neu strukturiert, vom Zentralkomitee zur Basis, und das System der Rechtsprechung wurde ebenfalls reorganisiert.

Ende 1973, sagte der kubanische Führer weiter, wurden Vorbereitungen für den Aufbau der Vertretungsorgane in einer experimentellen Phase getroffen für die Provinz Matanzas, mit dem Ziel, sie nach dem ersten Parteikongreß von 1975 auf den Rest des Landes auszudehnen.

Der 2. Sekretär der PCC betonte, daß der kubanische Staat in seinem Wesen demokratisch gewesen ist, und daß das Volk an der Diskussion der grundlegenden Gesetze der Revolution teilgenommen hat. "Jetzt beginnt es, an der Diskussion der Wirtschaftspläne auf der Ebene der Produktions- und Dienstleistungseinheiten teilzunehmen", berichtete er; in diesem Zusammenhang erwähnte er die Arbeiterversammlungen zur Analyse der Wirtschaftspläne für 1975.

Raul Castro sagte, daß die Existenz der neuen Organe der Volksmacht die Ausrottung des bürokratischen Zentralismus, der in vielen Bereichen des Staatsapparats existiert, und den Beginn des demokratischen Zentralismus, eines marxistisch-leninistischen Prinzips, bedeuten wird.

Er erklärte, daß ein Organ der Volksmacht direkt den nächsthöheren Organen der Volksmacht unterstellt ist und nicht der Kommunistischen Partei, die niemals die Organe der Volksmacht ersetzen oder sich ihnen aufzwingen darf. Er sagte, "die PCC ist die höchste politische und ideologische Autorität in der Provinz, aber nicht die Verwaltungs- oder Staatsautorität." Er sagte, "die Partei leitet die Arbeit der neuen Organe an und beurteilt sie, aber sie leitet sie nicht."



Ich hab mich immer schon gefragt, wer Herbert Schulze ist - dat is der Hein!

Von der Schwierigkeit, die Wirklichkeit zu erfassen.

Es hat sich mittlerweile herumgesprochen, daß "das kubanische Gesundheitswesen" für die "Länder der 3. Welt" vorbildlich ist und nicht nur von der Weltgesundheitsorganisation WHO gelobt wird. An dieser Tatsache können auch die Ideologen des Imperialismus nicht vorbeisehen. Fern vom latein-amerikanischen Alltag kostet es nicht allzu viel Überwindung, die Erfolge Kubas auf diesem Gebiet zuzugeben; ein kurzer Satz, eine simple Feststellung genügt dazu - man vergibt sich nichts dabei.

Wir, das KOWIZUKU, haben uns in unserer Ausstellungs-Dokumentation bemüht, durch Vergleiche mit anderen Ländern erfaßbarer zu machen, was Kubas Erfolge bedeuten. Wir haben Spezialkliniken aus La Habana und Landkrankenhäuser aus dem Escambray im Bild gezeigt. Der Wirklichkeit sind wir dadurch zwar ein geringes Stück näher gekommen, aber erfaßt haben wir sie offensichtlich immer noch nicht: Wie sonst hätte das Publikum so unberührt an ihnen vorbeigehen können?

Kann man dem Europäer vermitteln, was das V.-I.-Lenin-Hospital für Lateinamerika bedeutet? Unsere Kliniken sind schließlich genauso groß und ebenso gut eingerichtet. Kann man begreiflich machen, was es bedeutet, wenn bei der Erkrankung eines Staatspräsidenten, wie in Peru bei Präsident Alvarado, nicht ein US-Ärzteteam, sondern kubanische Ärzte zu Rate gezogen werden? Der aufgeklärte Europäer lächelt über derartige Wichtigtuerei. Der ausgebeutete, unterdrückte Arbeitslose in Peru, Chile Bolivien oder anderswo in Lateinamerika lächelt darüber nicht; er hat andere Schwierigkeiten, die kubanische Wirklichkeit zu erfassen: Für ihn ist sie ein beinahe unwirklicher Traum.

Der folgende Bericht, den wir von einer deutschen Krankenschwester erhielten, die im Namen "humanitärer Hilfe", zusammen mit bolivianischen "wohl-tätigen Frauen" (voluntarias), einen Monat lang in einem staatlichen (!) Krankenhaus in Bolivien gearbeitet hat, wird sicherlich vielen helfen, den festen Punkt zu finden, von dem aus sich kubanische Wirklichkeit beleuchten und beinahe vollständig erfassen läßt.

Die Redaktion



Regionale Poliklinik "Asclepios" in La Habana

EINDRÜCKE BEI VIERWÖCHIGER ARBEIT IM KRANKENHAUS VIEDMA/COCHABAMBA (BOLIVIEN)

Von Ende Januar bis Ende Februar 1974 half ich in der Kinderambulanz des staatlichen Krankenhauses Viedma. Die Möglichkeit, dies ohne Schwierigkeiten tun zu können, bekam ich, weil ich schon vorher über die Voluntarias Kontakt zu dem Krankenhaus hatte, indem ich in Deutschland gesammelte Medikamente dorthin geschickt hatte (die Pakete waren vollständig angekommen, was in den seltensten Fällen vorkommt). Die Vorsitzende der Voluntarias setzte sich deshalb für mich ein und regelte meine Einstellung mit den Ärzten der Ambulanz. Außerdem bin ich Krankenschwester, und meine Sprachkenntnisse in Spanisch waren zwar gering, aber ausreichend. Mit Bezahlung zu arbeiten, wäre unmöglich gewesen trotz aller Bemühungen der Voluntarias, weil die Angestellten sowieso zu schlecht bezahlt werden und nur sehr wenige bezahlte Stellen vorhanden sind.

Bei verschiedenen Voluntarias konnte ich wohnen und essen. Das Krankenhaus hat ca. 300 Betten, eine Intensivstation, einen Operationsraum (OP), eine alte und eine neue Küche, Wäscherei und einige Räume, wo ich nicht Gelegenheit hatte, sie zu sehen. Es besteht aus mehreren Häusern. Es gibt sogar ein Haus für neurologisch und psychiatrisch Kranke, welches wie die anderen aus einem riesigen Saal besteht mit

ca. 30 Betten, angeschlossen einige kleine Dienst-räume. Diese Krankenhallen sind alt und kahl; an beiden Längswänden stehen die Eisenbetten dicht gedrängt, dazwischen jeweils ein Eisenhocker. Durch die Mitte des Raumes führt ein fliesenbelegter Gang. In den Betten keine Bettwäsche, nur eine Decke und ein lakenähnliches Tuch, ein Kissen. Die Decken werden nicht gewaschen, wenn ein Patient entlassen wird, sondern lediglich das Tuch.

Der Raum ist dunkel, es riecht schlecht, je nachdem, welche Krankheit die Patienten haben, aber auch, weil alles schmutzig ist. Viele Patienten liegen in ihrer Kleidung im Bett, schon weil es dann wärmer ist (Cochabamba hat das beste Klima von ganz Bolivien - es liegt 2000 Meter hoch -, und obwohl im Januar Sommer ist, ist es kalt durch die Regenzeit, wo es fast täglich stark regnet. Es kommt häufig zu Überschwemmungen. Dieses Jahr waren große Überschwemmungen im Beni, und in La Paz gab es Erdbeben, wobei ganze Stadtteile, deren Häuser am Berg-hang gebaut sind, herunterrutschten).

Die Patienten mit ansteckenden Krankheiten liegen teilweise in separaten Räumen, jedoch wird sämtliches Material, mit dem sie in Berührung kommen, nicht

extra behandelt - es gibt einfach keine Möglichkeiten dazu (keine Sterilisationsmöglichkeiten in größerem Umfang, zu wenig Material wie Geschirr, Wäsche, Instrumente). Die Patienten müssen ihren Aufenthalt selbst bezahlen, wenn sie nicht versichert sind - und das sind die wenigsten. Denn eine Versicherung haben nur diejenigen, die arbeiten, und von denen, die Arbeit haben, nur die, deren Arbeitgeber eine Versicherung mit bezahlt. So muß oft der Staat den Aufenthalt des Kranken bezahlen, wenn es unmöglich ist, ihn hinauszuerwerfen. Die Behandlung besteht in solchen Fällen allerdings nur aus den notwendigsten Maßnahmen, da der Staat keine Medikamente (Infusion, Blut usw.) zur Verfügung stellt (man muß sich auch sonst immer alle benötigten Medikamente in den Apotheken kaufen - sofern man das Geld hat). In der Ambulanz kam es vor, daß Mütter Mais oder Käse statt Geld mitbrachten.

Die Intensivstation konnte ich nur kurz von außen sehen, sie war die am besten eingerichtete Station, einigermaßen sauber, Geräte wie z.B. EKG waren vorhanden.

Der OP ist nicht zu vergleichen mit dem, was man hier darunter versteht. Schwingtüren führen in einen nur teilweise gekachelten Raum, eine Funzel hängt von der Decke, Fliegen schwirren herum.

Als ich in die Küche trat, fühlte ich mich ins Mittelalter versetzt: ein dunkler Raum, die Wände unverputzt, riesige Kachelöfen mit Holzbottichen, Dreck. Ich hatte keine Gelegenheit, das Essen zu probieren, weil man es mir als empfindlichem Europäer verbot. Es gab allerdings eine fast fertige neue Küche, die sehr einfach, aber doch zumindest sauberzuhalten war mit genügend Licht.

Die Kinderambulanz liegt im Untergeschoß eines im Januar 1974 eingeweihten Hauses, auf das alle sehr stolz sind. Während ich dort war, kamen öfter Damen und Herren von ausländischen und inländischen Hilfsorganisationen zur Begutachtung, teilweise, weil sie mitfinanziert hatten. Die zum Haus gehörige eigene Küche z.B. war vollständig von den Voluntarias des Krankenhauses gezahlt worden. Die vom Staat zur Verfügung gestellten Gelder reichen kaum für das Minimalste.

Es gibt dort einen Behandlungsraum mit zwei Pritschen und einem Waschbecken mit Kaltwasserhahn (welcher nur manchmal funktioniert und wie in der ganzen Stadt - besonders in der Regenzeit - oft nur schmutziges Wasser hergibt), drei kleine eingebaute Bodenschränke, eine Art Kocher zum Abkochen von Instrumenten, einen Tisch für Instrumente, Schalen und alles, was während der Behandlung benötigt wird, einen Sterilisator für kleine Wäsche (auch die vom kleinen OP). -Die Wäsche wird in Waschmaschinen gewaschen und vor dem Haus auf dem Rasen getrocknet. In der Regenzeit hängt sie im ganzen Haus: an den Treppengeländern, über Stühlen und Tischen.-

Weiterhin sind dort einige kleine Räume mit einem Schreibtisch, zwei Stühlen, einer Pritsche; ein Vorraum mit einer Standwaage und einer Liegewaage (für Kleinstkinder), ein OP. Die beste Einrichtung in jedem Raum ist ein kleiner Lautsprecher, durch den den ganzen Tag Radiomusik gesendet wird, wodurch man allerdings auch auf die im nächsten Stockwerk liegende Station telefonieren kann.

Das Personal besteht aus 2-3-4 Ärzten und vielen Studenten, einer Schwester, 2-3 Aushilfen. Die Hierarchie ist unangefochten. Eine Hilfsschwester, die schon 15 Jahre dort arbeitete, war die wichtigste Person, weil sie alles kannte. An diese wendete ich mich, und sie zeigte mir, was ich tun konnte. Das war: assistieren bei OPs (unsteril) und ambulanten Behandlungen, saubermachen (wenig, dazu war eine Putzfrau den ganzen Tag da), die Kinder wiegen und messen.

Beispiel einer ambulanten Behandlung: Es sind vier Studenten und eine Hilfsperson da. Ein Junge mit aufgerissener Lippe liegt auf der Pritsche. Man fragt mich, ob ich nicht nähen wolle. Ich sage, daß

ich noch nie genäht hätte. Der Student meint, er lerne es ja auch erst. Schließlich spritzt eine Studentin ein Lokalanästhetikum in die Lippe, so ungeschickt, daß der Junge vor Schmerz um sich schlägt und alle ihn festhalten müssen. Ein anderer Student nimmt ihm die Spritze aus der Hand und näht die Wunde schlecht und recht und so langsam, daß das Betäubungsmittel schon keine Wirkung mehr hat. Dann bezahlt der Junge 5 Pesos (das ist der Preis für jede allgemeine ambulante Behandlung; ein Brötchen kostet 1/2 Peso) und darf gehen. An Material steht zur Verfügung: Mercurocrom (Desinfektionsmittel für Wunden), Alkohol, Leukoplast, Wasserstoff. Damit werden alle Behandlungen durchgeführt. Instrumente: 2 Scheren, 2 Pinzetten, 2 Spritzen, 4 Nadeln, 1 Zange zum Transportieren steriler Gegenstände, die es gar nicht gibt, Mulltupfer, Watte und manchmal undehnbare Binden aus Bettlakenstoff. Infektiöses Material wird wie alles andere kalt abgespült und nach Gutdünken abgekocht - wird dann zur Behandlung in eine unsterile Schale gelegt und mit unsterilen Händen benutzt. Wer z.B. eine Penicillin-Spritze braucht, muß sie mitbringen.

Die Schwestern und Hilfskräfte arbeiten durchschnittlich 55 Stunden in der Woche, die Hilfschwester verdient ca. 300 Pesos im Monat.

Die Voluntarias sind eine selbständige Organisation von reichen, gelangweilten Hausfrauen, die ungeheuren Einfluß im Krankenhaus haben, teilweise unregelmäßig mitarbeiten, vor allem aber Medikamente von ausländischen Spendern organisieren, auch Kleidung, Geld u.ä. sammeln für Patienten. Sie verwalten die ihnen eigene und einzige Apotheke des Krankenhauses und geben auf persönliche Anforderung der Ärzte (oder an Freunde...) die Medikamente aus. Sie versuchen außerdem, Postas einzurichten; das sind Behandlungsmöglichkeiten, wo Freiwillige (meist Studenten) einmal in der Woche für ein paar Stunden auf ein Dorf fahren und dort unter den unmöglichsten Bedingungen in einer Kirche oder Schule die Dorfbewölkerung versorgen, die dafür manchmal Mais und Käse, aber auch mal Geld geben (das Geld wird zum Neukauf von Medikamenten verwendet). Aber das ist noch ein Kapitel für sich.

Vor kurzem erreichte mich die Nachricht, daß die Super-Revisora (eine leitende Angestellte) mit Hilfe von einigen anderen Decken des Krankenhauses gestohlen habe. Als die Sache entdeckt wurde, beschlossen die Voluntarias, den finanziellen Verlust vom Gehalt der Super-Revisora abziehen zu lassen. Nichts sonst. Es gibt ja schließlich nicht nur so wenig Material, weil keins herbeigeschafft wird, sondern auch, weil das wenige unentwegt gestohlen wird.

Die entscheidenden Posten (Direktor, Oberärzte) sind von politischen Figuren (ausschließlich in der Funktion) besetzt, nicht anders als in der Universität und allen anderen Institutionen.

Nachsatz:

Diese Eindrücke sind insofern unvollständig, weil ihnen eigentlich eine ausführliche Beschreibung der Situation in einem lateinamerikanischen Land - wie hier Bolivien - vorausgehen müßte; denn die Verhältnisse dort sind dermaßen unterschiedlich von denen hier, daß man zu dem obigen Satz betreffs Postas eigentlich nicht einfach sagen kann: "die Freiwilligen fahren auf ein Dorf", sondern dazu erklären müßte, wie schwierig so eine Fahrt ist: Daß diese Leute kein Auto - oder nur selten - haben, daß zu den abgelegenen Dörfern keine Verkehrsmittel fahren, daß in der Regenzeit die Leute durch die überschwemmten Straßen waten müssen und dann noch im Fall eines Ausnahmezustands (was nicht selten vorkommt) darauf achten müssen, bei den Verkehrsverhältnissen vor der Sperrstunde nach Hause zu kommen, um nicht verhaftet zu werden und zu Zwangsarbeiten (sofort!) herangezogen zu werden.

Aber darüber kann man auch woanders lesen, und daß dann die Vorstellung des Lesers immer noch nie wirklich sein kann, habe ich selbst überdeutlich gemerkt auf meiner Reise.

J.B.



Die kubanische Revolution trägt mehr und mehr ihre Früchte. Die Zeiten, in denen die Veränderungen im Erziehungs- und Gesundheitswesen die einzigen nach außen sichtbaren Erfolge waren - Erfolge, die allzu oft dem Bereich der Sozialfürsorge zugeordnet werden und sich in den am Wachstum der Wirtschaft orientierten Maßstäben kapitalistischer Entwicklungsstatistiken nicht niederschlagen -, diese Zeiten sind vorbei. Obwohl von der revolutionären Regierung erst für die Periode 1975-1980 angekündigt, erlebt das kubanische Volk die ersten Fortschritte auf dem Gebiet der industriellen Fertigung und der Konsumgüterversorgung bereits seit den vergangenen zwei Jahren, und seine Lebensbedingungen verbessern sich täglich.

Gleichzeitig häufen sich Kubas Erfolge in der internationalen Politik. Die Wirtschaftsblockade ist im Begriff zusammenzubrechen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen anti-imperialistischen Ländern weitet sich aus, der Handel mit den kapitalistischen Ländern steigt. Auch die Bundesrepublik erwägt eine Revision ihrer Haltung zu Kuba.

Das alles sind neue Bedingungen für die Wissenschaftler und Kommentatoren, deren Aufgabe es ist, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu rechtfertigen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, gibt das von der westdeutschen Industrie getragene "Institut der deutschen Wirtschaft" in Köln die Schriftenreihe "Sozialistische Modelle" heraus. Sie "stellt sozialistische Theorie und Praxis vor", sagt das Institut dazu, "sie ist gedacht als Beitrag zur Versachlichung der neu entfachten Diskussion über die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit dieser Systeme, die in der Bundesrepublik Deutschland nur zu oft ohne ausreichende Kenntnis ihrer ideologisch-theoretischen Grundlagen und praktischen Ergebnisse als "Modell" empfohlen werden."

Der Autor des Heftes über Kuba, Diplom-Volkswirt W. Eschweiler, hat die Zeichen der Zeit erkannt. Er weiß, daß es heute nicht mehr verfängt, wenn man Dinge, die immer offener zu Tage liegen, ableugnet und sich seinen eigenen Ablauf der Geschichte zu-rechtbiegt. Der Versuch Goldenbergs etwa, den Diktator Batista, der durch die kubanische Revolution vertrieben wurde, nachträglich als glücklosen Demokraten hinzustellen (siehe "Die erfundene Geschichte einer erfundenen Revolution", Mitteilungen Nr.1), wird von ihm nicht wiederholt; er beschränkt sich auf die Anerkennung der edlen Motive des Diktators, versichert aber dem Leser, daß der kubanische Alltag unter Batista nicht angenehm war: "Das Fernziel Batistas, Land und Leute in gediegenen Wohlstand zu führen, war jederzeit nobel. Die Art und Weise jedoch, dieses Ziel zu verwirklichen, war es weniger und wurde auf die Dauer von einer ständig größer werdenden Zahl von Kubanern übelgenommen. Der Wohlstand ergoß sich nur auf die Oberschicht, Großgrundbesitzer, Militärs und Funktionäre. Das Volk aber kennt verschiedene Bequemlichkeiten nur vom Hören, Sehen und Sagen" (S.4). Auf die von Goldenberg und anderen eingenommene Kampfposition, Fidel Castro hätte in Kuba den Sozialismus mit Gewalt - gegen das Volk - eingeführt, läßt er sich gar nicht erst ein; mitunter spricht er völlig uneingeschränkt Anerkennung aus ("Fidel Castros Anstrengungen und Erfolge im Bildungsbereich sind deshalb ernsthaft nicht zu bestreiten", S.23), und er kann es sich sogar leisten, bewährte Argumente, die andere regelmäßig verdreht und gegen Kuba verwendet haben, dem Gegner zu überlassen, so in der Frage der Emigranten: "Es emigrierten vorwiegend solche Bürger, die vor der Revolution zur Privilegiertenschicht gehörten" (S.18).

Das Heft Eschweilers durchzieht eine Strategie, die von der Einsicht ausgeht, daß falsche Aussagen über statistisch Belegbares nicht haltbar sind, und die sich daher auf die Linien der scheinbar unüberprüf-

Wolfgang Eschweiler: Kuba - wir müssen es schaffen, sonst gnade uns Gott. Reihe "Sozialistische Modelle, Hrsg. Institut der deutschen Wirtschaft. Deutscher Institut-Verlag Köln 1973 29 Seiten.

baren subjektiven Anschauungen über Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit zurückzieht. Die Komponenten dieser Strategie sind: vorbehaltlose Anerkennung des Erreichten, um den Eindruck des wohlwollenden Kritikers zu erwecken; lässiger Stil, der der Auseinandersetzung die Schärfe nehmen soll; Verteidigung des Kapitalismus nicht auf wirtschaftlicher, sondern ausschließlich ideologischer Ebene.

Der Verlust an Positionen, den die Verteidiger des Kapitalismus bereits hinnehmen müssen, ist wahrscheinlich verantwortlich für den von Eschweiler gewählten Stil, der aus so manchem "Spiegel"-Artikel bekannt ist. Einige Kostproben verdeutlichen, daß er eine Funktion zu erfüllen hat und keineswegs Produkt des Zufalls ist: "Der totale Verfall der Zuckerpreise im Jahre 1895 bescherte der Insel eine empfindliche Wirtschaftskrise und ihren späteren Nationalhelden: Jose Marti trommelte zum Protest gegen spanische Mißwirtschaft" (S.3). "Präsident Machado führte sein Land etwa fünf Jahre mit leichter Hand: mit liberaler Geste versprach er Zuckerbrot, Rumbakugeln und Sozialreformen." "Machado wurde 1934 von Fulgencio Batista, Militär-Oberst, vormals Armee-Stenograph, vom Präsidententhron geliftet" (S.4).

Dieser Tingeltangel-Stil, über mehrere Anfangsseiten hin durchgehalten, soll den Leser darauf einstimmen, Wichtiges und Unwichtiges als gleichwertige Argumente zu akzeptieren, Sozialreformen ebenso leicht oder schwer zu nehmen wie Rumbakugeln. Das Ergebnis ist dann eine Darstellung, die viele richtige Zahlen und Informationen, nicht sehr viele Halbwahrheiten und wenig vollkommen falsche Aussagen enthält; eine Darstellung, die wichtige und unwichtige Dinge mit gleichem Gewicht aneinanderreihet, um Kritikpunkte zu finden, die den Sozialismus "prinzipiell" widerlegen:

"In der Floridita-Bar pflegte Ernest Hemingway einst seine Driks zu sich zu nehmen. Wer dort heute ein Bier trinken möchte, muß Schlange stehen" (S.7). Ein Detail des kubanischen Alltags, das sicherlich von niemandem als erstrebenswert angesehen wird. Bei Eschweiler nimmt es einen ganzen Absatz ein, der gleichrangig steht neben einem Absatz über Krankenhäuser, freie Wohnung, Schulen. Nach diesem Prinzip ist es ganz natürlich, wenn Eschweiler Kuba heute zusammenfaßt: "Vorläufiges Fazit: Einige Güter" (Ausbildung, Krankenversorgung, Wohnung usw.) "zum Nulltarif, andere" (Bier, Tabak usw.) "in knapp bemessenen Portionen oder gar nicht erhältlich! Liegt darin die empfehlenswerte Synthese der verschiedenen Antikapitalismustheorien?" (S.8).

Bei näherem Hinsehen steckt dahinter natürlich System. Wird es durch den Stil des Autors weitgehend verborgen, so hat es das Layout des Herausgebers wieder herausdestilliert. Als Orientierungshilfe hebt es wichtige Begriffe, Kernsätze, Themen im Text durch Fettdruck hervor, und hier spätestens wird der Sinn der Übung deutlich: Nach drei kernsatzlosen Anfangsseiten, in denen von gelifteten Diktatoren, Krankenhäusern, Wohnungen, Schulen, Zernetwerkern, die unter Castro "Gutes erfahren" haben, kurz von Erfolgen aller Art die Rede ist, lautet der erste Kernsatz: "Die monatliche Zuteilung an Lebensmitteln beträgt pro Person:" (S.6). Damit wird die Welt wieder zurechtgerückt; auch dem ungeschickten Leser gelingt es so, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren...

Spätestens nach der Lektüre der ersten zwei Drittel des Heftes, nachdem der Leser erfahren hat, daß es in Kuba trotz einiger wirklich tiefgreifender Fehler in der Entwicklungsstrategie, die die kubanische Führung im übrigen auch eingestanden hat, im Grunde ständig bergauf geht, fragt er sich jedoch mit Recht, was zum Teufel denn dann eigentlich so schlecht ist an diesem kubanischen Sozialismus. Es spricht für das taktische Geschick des Autors, daß er es so weit

kommen läßt; so kann man ihm jedenfalls keinen Mangel an Gutwilligkeit bei der Würdigung seines Untersuchungsgegenstandes nachsagen. Die erlösende Antwort bleibt uns Eschweiler nicht schuldig, und hier entsteht vor unserem Auge allerdings ein bemitleidenswertes Bild: Nicht der ausbleibende Wirtschaftsaufschwung ist es, der die Unmöglichkeit des Sozialismus belegt, sondern die unmenschlichen Anstrengungen, mit denen der Sozialismus verbunden ist. "Der Anspruch auf die neue Gesellschaft beansprucht heute den kubanischen "homo faber" bis zur physischen Zermürbung" (S.27). "Castros größte ökonomische Sorge rührt aus der wachsenden materiellen Unzufriedenheit seines revolutionsmüden Volkes" (S.18).

In dieser Version der kubanischen Geschichte ist Fidel Castro nicht mehr der eiskalt berechnende Diktator, der ein ganzes Volk verführt hat, sondern der idealistisch gesonnene Weltverbesserer, dem das Volk anfänglich frenetisch zugejubelt hat, dem es aber, erschöpft und geschunden, nicht mehr folgen will. Betrachtet man, wie Castro sich abmüht, das träge Volk aus der Unterentwicklung herauszuzerren, fährt einem unwillkürlich durch den Sinn: "Vielleicht ist er doch zu gut für diese Welt?" "Fidel Castro versucht, in jeder Beziehung Vorbild zu sein. Immer wieder fährt der "maestro" spontan zu irgendeinem Arbeitseinsatz und packt selbst mit an. Er diskutiert mit Arbeitern, wie organisatorische Fehler bei der Ernteeinbringung auszumergen sind - wenn's sein muß, bis in die tiefe Nacht" (S.20). "Er schüttelt die angestaubte Clique der Eigeninteressenvertreter, bis sie bereit ist, sich so zu benehmen, daß auch der ohnmächtigste Durchschnittskubaner einige Spuren menschlicher Erleichterung erkennt" (S.28). Ein untadeliger Idealist allein gegen so viel menschliche Trägheit - ist das den Sozialismus wert?

Wenn diese Bemerkungen keinen sehr ernsthaften Eindruck machen, ist der Grund dafür die Darstellungsart Eschweilers, die ihre eigene Ausstrahlungskraft hat. Daß dahinter ein sehr ernsthafter Zweck verfolgt wird, darüber kann wie gesagt nicht der geringste Zweifel bestehen. Und obwohl das Heft mit dem so neutral-offenen Satz endet: Castro hat noch eine Chance, verrät sich Eschweiler in Nebensätzen und Wortschöpfungen. Die von ihm gewählte Bezeichnung "Gegenökonomie" für den kubanischen Entwicklungsweg - oberflächlich betrachtet die zutreffende Benennung für die Absicht der Kubaner, die Nachwirkungen der alten Wirtschaftsstruktur aufzuheben - läßt bereits vermuten, daß er etwas zu verteidigen hat; und weil dem so ist, läßt sich Eschweiler unvorsichtigerweise einmal dazu hinreißen, Kuba Ratschläge zu geben. Bei der Behandlung der ersten - überstürzten - Industrialisierungsphase kritisiert er den Versuch, zielstrebig Fabriken der Basisproduktion (Gebrauchsgüterin-

dustrie) einzurichten, und sagt: "Erforderlich und gerade für Kuba ökonomisch sinnvoll wäre es gewesen, im Verbrauchsgütersektor anzusetzen. Einmal, weil Konsumgüter vom inländischen Markt sofort aufgenommen worden wären. Und zum anderen, weil solche Produkte schon bei verhältnismäßig geringer Stückzahl kostengünstig hergestellt werden können" (S.12). "Die überstürzte Industrialisierungspolitik (war) wegen der schwachen Rohstoffbasis, der weitgehend veralteten Produktionstechniken und der relativ geringen Größe des inländischen (Gebrauchs-)gütermarktes von vornherein ziemlich aussichtslos" (S.13).

Hier tritt Eschweiler zur Verteidigung des bekannten imperialistischen Entwicklungskonzeptes an, das den Ausbau der Konsumgüterproduktion empfiehlt, ohne die Grundlage der nationalen wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu wollen. Schaße nur, daß er sich ausgerechnet an der einzigen Stelle, wo er der Kritik an Kuba einen eigenen, positiven Vorschlag entgegensetzt, in Widersprüche mit sich selbst verwickelt; denn wenig später betrachtet er die Erweiterung des "Gebrauchsgütermarktes" als durchaus realisierbar: "Gleichzeitig versuchen Kubas Langzeitplaner weiterhin energisch die Industrialisierung des Landes zu beschleunigen. Die Aussichten sind nicht ungünstig: Die in Kuba bekannten Nickelerzvorkommen werden gegenwärtig von Havanna auf 1,6 Milliarden Tonnen Laterit zum Weltmarktpreis von 200 Milliarden Dollar geschätzt" (S.15).

Es kann hier nicht darum gehen, Eschweilers Verständnis der kubanischen Gesellschaftsordnung zurechtzurücken oder seine guten Ratschläge zu widerlegen. Wie es in Kuba wirklich aussieht, erfährt man besser aus anderen Publikationen. Was das kleine Heft "...sonst gnade uns Gott" so lehrreich macht, ist sein exemplarischer Charakter, der die Wendung der Theoretiker des Imperialismus von der Position der Stärke zur Strategie der flexiblen Verteidigung demonstriert: Vieles anerkennen, keinen verkrampften Eindruck machen, und im Grunde genommen die armen Leute bedauern, die den Sozialismus gewählt haben, wo sie es doch im Kapitalismus so viel leichter haben könnten (der Gedanke an Brasilien, wo Millionen von Menschen dank der Umstände überhaupt nie Arbeit finden, oder an Chile, wo die Menschen heute ebenso hart arbeiten müssen wie in Kuba und trotzdem nicht wissen, wovon sie leben sollen, ist im Rahmen dieser Argumentation wohl deplaziert). Gegenüber dieser grundsätzlich neuen Linie, die ja nur die Stärke des Sozialismus demonstriert, fallen die wenigen aus Unverständnis geborenen offensichtlichen Fehler (wie etwa die Definition der Mikrobrigaden: "Gruppen von 41 Arbeitern sollen jeweils ein Haus bauen" (S.18)) nicht ins Gewicht. Die strammen Antikommunisten haben ausgepredigt; doch die smarte Ablösung steht schon bereit.

M.T.

ENGLAND und FRANKREICH: Bomben und Drohungen gegen Kuba

Das "Britain-Cuba Scientific Liaison Committee" schreibt uns von einem Vorfall, von dem es selbst sehr überrascht war:

"Am Morgen des 4. Juli '74 erhielt unser Sekretär John Griffiths in seiner Wohnung einen anonymen Telefonanruf. Der Anrufer sprach mit anscheinend amerikanischem Akzent. Er bedrohte John und seine Familie (Frau und zwei kleine Kinder) für den Fall, daß John seine Arbeit zur Unterstützung Kubas im Komitee fortsetzen würde.

John informierte die kubanische Botschaft in London. Sie erhält offensichtlich ständig derartige Anrufe, empfahl John aber, die Polizei von dem Anruf zu unterrichten. Das hat er getan.

Bis heute (6. August '74) hat die Sache keine Fortsetzung gefunden."

Angriffe und Überfälle auf Mitglieder von Organisationen, die Hilfe für Kuba organisieren, sind bisher nur aus den USA bekannt. Uns ist zur Zeit noch unklar, was die Ausdehnung der Tätigkeit der konterrevolutionären Exilkubanerbanden nach Europa zu bedeuten hat. Es gibt aber zu denken, daß bereits am 9. Mai dieses Jahres eine Bombe neben der Tür der kubanischen Botschaft in London explodierte, und daß am 3. Juli eine Bombe den Eingang der Botschaft in Paris zertrümmerte. Da der Mann, der die Bombe auf die Stufen gelegt hatte, an der Tür klingelte, bevor er weglief, hatte der Anschlag offensichtlich das Ziel, auch Personen zu töten. Dabei hatte er glücklicherweise keinen Erfolg.

Sollten Anrufe oder verdächtige Poststücke im Kowizuku auftauchen, dann sollten die Betroffenen sofort den Vorstand informieren. Die Redaktion